

BHE / Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten – Flüchtlinge organisieren sich – 1950 bis 1966

„Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) wurde im Januar 1950 von Waldemar Kraft als politische Partei in Schleswig-Holstein gegründet. Schleswig-Holstein war das Bundesland mit dem höchsten Bevölkerungsanteil an Vertriebenen und Flüchtlingen in Westdeutschland, die Partei errang deswegen schon bei der ein halbes Jahr später stattfindenden Landtagswahl 1950 23,4 Prozent. Der BHE war damit nach der SPD zweitstärkste Partei und bildete eine Koalition mit CDU, FDP und DP. Die CDU hatte zwar weniger Stimmen, aber mehr Mandate erhalten und stellte den Ministerpräsidenten. Waldemar Kraft wurde Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident.

Im November 1952 benannte sich der BHE in Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten um und versuchte damit breitere Wählerschichten anzusprechen. Bei der Bundestagswahl 1953 erreichte er 5,9 Prozent der Zweitstimmen, zog in den Deutschen Bundestag ein und wurde von Konrad Adenauer an der Regierung beteiligt.

Im Kabinett Adenauer II war Kraft zeitweise einer der Bundesminister für besondere Aufgaben, sein Parteikollege Theodor Oberländer Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Nach internen Streitigkeiten, welche vordergründig um die Saar-Frage geführt wurden und auf dem Bundesparteitag 1954 in Bielefeld eskalierten, traten Kraft, seine Vertraute Eva Finckenstein, Theodor Oberländer und weitere Anhänger des Bürgerblock-Flügels (die sogenannte K.O.-Gruppe) 1955 aus der Partei aus und 1956 der CDU bei. Mit dieser Spaltung begann der Niedergang des GB/BHE. Vor der Bundestagswahl 1961 fusionierte die Partei auf Bundesebene mit der Deutschen Partei (DP) zur Gesamtdeutschen Partei (GDP). In den Bundesländern Hessen und Niedersachsen, wo der GB/BHE mit unterschiedlichen Koalitionären zusammenarbeitete, wurde die Fusion nicht vollzogen.“¹

08/1950 Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten hat sich konstituiert²

Garmisch-Partenkirchen. „Nachdem vor kurzem in München eine Landesgruppe des BHE für Bayern gegründet wurde und bisher bereits über 50 Kreisgruppen gebildet wurden, hat der BHE nun auch die Tätigkeit für den Kreis Garmisch-Partenkirchen aufgenommen. Es werden alle Ausgewiesenen, Flieger- und Kriegsbeschädigten, Heimkehrer, Sozialrentner aufgerufen, sich im BHE zu sammeln! Wenn sich die Entrechteten heute zu einer politischen Organisation zusammenschließen, so ist das einzig und allein ein Akt der Notwehr. Wir wollen uns weder politisch noch ideell isolieren, noch gesellschaftlich von den sogen. „Einheimischen“ absondern. Wer dies behauptet (es wurde bereits von einzelnen hohen Herren getan) bringt damit sein schlechtes Gewissen zum Ausdruck. Zudem ist es nicht gerade im Sinne demokratischer Grundsätze, eine politische Sammelbewegung zu diffamieren, ehe sie unter Beweis gestellt hat, was sie will. Der BHE will einzig und allein das erreichen, was die politischen Parteien bisher versprochen, aber nicht hielten. Beseitigung unserer grenzenlosen Not, des grenzenlosen Unrechts, das wir seit 5 Jahren ertragen.

Die Männer, die durch den BHE das Schicksal, die Forderungen aller Heimat-, Besitz-

¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Gesamtdeutscher_Block/Bund_der_Heimatvertriebenen_und_Entrechteten

² GPT 03.08.1950

und Rechtlosen vertreten wollen und werden, sind weder hysterische Agitatoren vom Typ eines Loritz³ oder Hedler⁴ noch dogmatische Schwärmer, sie haben im Gegenteil zu denen, die durch Unvermögen oder Nichtwollen seit 5 Jahren versagen, erkannt, dass nur der Standpunkt absoluter Rechtlichkeit eine gefestigte Grundlage für die Wiederherstellung unseres Rechtes bilden kann. Aus dieser Erkenntnis heraus ist es auch nicht ungerecht und undankbar (wie es der Präsident des Bayer. Landtages bezeichnete), wenn sich der BHE konstituierte. Denn wir anerkennen die Leistungen des Bayerischen Staates für die Heimatvertriebenen. Wir haben aber zugleich die Scheuklappen abgelegt, um all das zu sehen, was man hätte tun müssen, aber nicht getan hat. Nicht getan hat trotz christlicher Lebensauffassung, trotz demokratischer Rechtsgrundsätze, trotz Flüchtlingsgesetz.

Der BHE stellt darum ein 10-Punkte-Programm für seine Arbeit heraus:

1. Der BHE bekennt sich zu einer deutschen Schicksalsgemeinschaft in einem auf der Basis absoluter Gleichberechtigung vereinten Europa.
2. Der BHE fordert nationalen Burgfrieden angesichts der gegenwärtigen Weltlage und der drängenden innerpolitischen und wirtschaftspolitischen Probleme die notwendigen Maßnahmen in einer Atmosphäre der Einmütigkeit und Nüchternheit treffen zu können. Er bekennt sich zur Freiheit der Meinung, des Glaubens und der Lehre. Er lehnt die Demagogie als ein Mittel der Politik ab.
3. Der BHE steht auf dem Boden der abendländischen Kultur und des Christentums. Er verpflichtet die christliche Tat.
4. Der BHE hat wirtschaftlich nur Nahziele: Er fordert: Alsbaldigen Lastenausgleich, verbunden mit einer großzügigen Kreditschöpfung zugunsten der Heimatvertriebenen und Sozialentrechteten. Er fordert ein großzügiges Wohnbauprogramm unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Ausgebombten. Den Fliegergeschädigten soll geholfen werden.
5. Der BHE fordert die Wiederherstellung der Ehre des deutschen Soldaten, der draußen nicht nur anständig gekämpft, sondern auch zu Millionen nach dem Krieg das bittere Los der Gefangenschaft ertrug. Für die Heimkehrer aus russischer und östlicher Kriegsgefangenschaft ist eine Entschädigung zu zahlen.
6. Der BHE fordert das Ende aller Diffamierungen in Deutschland.
7. Der BHE fordert Beteiligung der Jugend am Staat. Das aktive Element des Volkes muss sich mit der Überlegenheit des Alters verbinden, um eine größere Aktionsfähigkeit zu erreichen.
8. Der BHE fordert größte Einfachheit im öffentlichen Leben, radikale Verwaltungsreform,

³ Alfred Loritz (* 24. April 1902 in München; † 14. April 1979 in Wien) war ein deutscher Nachkriegspolitiker der von ihm selbst gegründeten Partei Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV).

⁴ Wolfgang Hedler (* 7. November 1899 in Magdeburg; † 26. Februar 1986 in Stuttgart) war ein deutscher Politiker verschiedener rechtsextremistischer Parteien (unter anderem DP, DRP, WAV)

größte Sparsamkeit und Beschränkung der Pensionen auf 500 DM als Höchstbetrag. Der BHE fordert insbesondere eine Neuregelung der Ministerpensionen in Bayern.

9. Der BHE will nicht die Trennung zwischen Neubürgern und Einheimischen. Er will im Gegenteil das Zusammenwachsen. Dazu ist gegenseitiges Verständnis der Nöte und Toleranz notwendig. Die Toleranz vertritt der BHE solange und soweit als möglich ist. Wir müssen zusammen Schicksalsgefährten sein. Nicht Hass, sondern Zusammenarbeit bringt uns vorwärts.

10. Der BHE verzichtet niemals auf die angestammte Heimat im Osten. Er verzichtet auch nicht auf das Heimatrecht der Vertriebenen aus der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien, die vor Generationen das Land urbar gemacht haben. Der Bund ist revisionistisch, lehnt aber einen Krieg zur Erreichung seiner Ziele ab.

Was wir wollen, für und gegen wen wir uns wenden, wird allen, an die unser Ruf ergeht, in einer Großkundgebung nahegebracht. Ich habe vorläufig im Auftrage der Landesgruppe Bayern die Tätigkeit für den Landkreis Garmisch-Partenkirchen übernommen. Die nächsten Planungen über Versammlungen und Kundgebungen werden im Hochland-Merkur bekanntgegeben."

Prof. Edelwald Hüttl⁵ Garmisch-Partenkirchen, Gsteigstraße 46

08/1950 **BHE-Ortsverband Garmisch-Partenkirchen gegründet**⁶ - „Gegen alles, was faul ist“ / Großkundgebung im Festsaal am Samstag, 26. August

Garmisch-Partenkirchen. Am Mittwoch wurde in der Artilleriekaserne in der Breitenau ein Ortsverband Garmisch-Partenkirchen des „Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ gegründet. Johann Heuser (Kreisvorsitzender des VdK) wurde zum Vorsitzenden gewählt.

Der Einberufer der Versammlung, Prof. E. Hüttl, konnte etwa 70 Teilnehmer begrüßen, die sich mangels Sitzgelegenheiten an den Wänden des ehemaligen Speisesaales gruppierten. „Man verweigert uns auch im Arbeitsleben den Sitz am Tisch unseres Volkes“, bezeichnete Hüttl symbolisch die Lage der „Heimatvertriebenen und Entrechteten“. Es solle keine neue Flüchtlingsgruppe gebildet werden, umriss er die Ziele des BHE (siehe die Veröffentlichung des 10- Punkte-Programmes in unserer Ausgabe vom 3. 8.), der politisch weder nach rechts noch nach links orientiert sei, sondern lediglich die „primitiven Rechte“ fordere, die seit 5 Jahren den Heimatvertriebenen und Entrechteten vorenthalten würden. Der BHE sei eine reine Notgemeinschaft und keine Partei. Man wolle sich weder gegen die „Einheimischen“ noch gegen die Parteien stellen, aber gegen alles, „was faul ist und stinkt“. Erste Forderung sei

⁵ Hüttl, Edelwald: TD Landesleiter Bayern, auch aktiv für den Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), ehemaliger Oberleutnant der Wehrmacht, Details vgl. Leo Müller;

https://de.wikipedia.org/wiki/Gesamtdeutscher_Block/Bund_der_Heimatvertriebenen_und_Entrechteten

⁶ 18.08.1950 ot

Vernunft und Sauberkeit in den eigenen Reihen. Das 10-Punkte- Programm solle kein „Gimpelfang“ sein, sondern eine Richtschnur zur Arbeit, und man werde konkrete Vorschläge bringen, so vor allem bei der Großkundgebung am 26. August im Festsaal. Die vier Flüchtlingsvertreter im Gemeinderat hätten praktisch nichts zu sagen, denn in den wichtigen Ausschüssen seien sie nicht drin. Man werde aber auch gegen die „Berufsflüchtlinge“ vorgehen, die, „schon in den Ämtern sitzend, vergessen haben, dass sie Flüchtlinge sind“. „Wir sind 20 Millionen Menschen“, betonte Hüttl unter Hinweis auf die Wahlerfolge des BHE in Schleswig-Holstein, „man kann uns nicht überhören“.

In der Diskussion, die von erbitterten Zwischenrufen gespickt war, wies Heuser auf das grundsätzlich Neue einer derartigen „Schicksalsgemeinschaft“ hin, wie sie der BHE darstelle. Die Last des verlorenen Krieges sei zum großen Teil auf die Schultern der Heimatvertriebenen gefallen, die zahlenmäßig stark, aber zersplittert seien. Man habe die „alten Parteien und dieselben alten Herren“ nach 45 wieder aus der „Mottenkiste“ geholt, um „da wieder anzufangen, wo man 1933 aufgehört hat“, dabei stets nach oben, aber nicht dem „Volk aufs Maul“ schauend. Zum Lastenausgleich (Zwischenrufe: „Wir sind 5 Jahre lang an der Nase herumgeführt worden“) stellte Heuser fest: „Wir können auf ihn verzichten, wenn wir eine Existenz bekommen.“ Arbeit sei, weiß Gott, genug da, die Auswanderung (Zwischenrufe: „Wir sind genug gewandert!“) sei keine Lösung. Zum Entnazifizierungsgesetz übergehend, griff Heuser die „Gruppendiffamierung“ auch des deutschen Soldaten scharf an, man fordere die Wiederherstellung der Ehre des deutschen Soldaten (Zwischenrufe: „Zu spät — weil man uns wieder braucht — nicht mehr für fremde Rechnung“). Zur Frage der KB-Renten betonte Hauser, es sei ein Hohn, wenn man unter dem Deckmantel des „sozialen Notstandes“ die Renten beschneide und gleichzeitig Unsummen für Repräsentation verschwende und der Garten für einen „christlichen“ Kanzler 120 000 DM koste.

Prof. Hüttl wies abschließend darauf hin, dass man es als einen großen Fortschritt betrachten dürfe, wenn am 20. August bei dem Heimatfest der Sudetendeutschen Landsmannschaft mit den übrigen Landsmannschaften auch die einheimischen Trachtenvereine den gemeinsamen „Tag der Heimat“ begehen würden, und wies auf die Großkundgebung des BHE am 26. August im Kurtheatersaal hin, bei der man nicht mehr bitten, sondern „fordern“ werde.

Die Wahl der Vorstandschaft für den Ortsverband ergab bei offener Abstimmung einstimmig als Vorsitzenden Johann Heuser, als Stellvertreter Dr. A. Scheel, Schriftführer von Willer und Kassier Walter Poniatowski. Die Berufung von Beisitzern, für deren Besetzung der Obmann Schmiedl der „Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung der Interessen der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ als Sprecher von 2400 Flüchtlingen nachdrücklich auch einen Vertreter seiner Organisation forderte, wird erst später entschieden werden. ot-

08/1950 Der Wahlkampf Im Landkreis hat begonnen - „**Die Zeit hat für uns gearbeitet**“⁷ - Großkundgebung der Wählergruppe DG-BHE / „Eine Partei neuer Ordnung“ Garmisch-Partenkirchen. Mit einer Großkundgebung im Kurtheater eröffnete der vor etwa 14 Tagen gegründete Kreisverband des BHE am Samstagabend die Reihe der Veranstaltungen, mit welcher die einzelnen Parteien und der neue Block Deutsche Gemeinschaft — BHE die Wählerschaft auf die kommenden bayerischen Landtagswahlen vorbereiten. Die gutbesuchte Versammlung nahm nach ausführlichen Referaten des Kreisbeauftragten Prof. Hüttl, des BHE-Ortsvorsitzenden Heuser und des Münchner BHE-Vertreter Dr. P. Wüllner nachstehende Resolution an: „Die Teilnehmer an der Großkundgebung In Garmisch-Partenkirchen begrüßen die Bildung einer einheitlichen Wählergruppe Deutsche Gemeinschaft — Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) für die bayerischen Landtagswahlen. Sie verband den politischen Kampf um eine neue Ordnung, Sicherung aller Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Flieger politisch Entrechteten, ehemaligen Berufssoldaten und Arbeitslosen.

In seinen Begrüßungsworten bezeichnete Heuser den guten Besuch der Veranstaltung als den Beweis dafür, dass die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses aller in obiger Entschließung genannten Gruppen auch in Garmisch-Partenkirchen und im Landkreis als zwingende Notwendigkeit erkannt worden sei. Der BHE fülle ein Vakuum aus, das die alten Parteien nicht zu schließen vermochten. Die lange Wartezeit bis zur Konstituierung einer schlagkräftigen Organisation habe kaum geschadet — „die Zeit hat für uns gearbeitet“. Nach scharfer Kritik an der Besatzungspolitik der Nachkriegsjahre und der „geradezu diabolischen Gründlichkeit“, mit der die Parteien die alliierten Befehle ausgeführt hätten, betonte Heuser, dass der Kampf des BHE sich nicht gegen eine bestimmte Partei, und noch weniger gegen die Einheimischen richte, dass der neue Wahlblock jedoch die absolute Gleichberechtigung erzielen wolle: und in grundsätzlichen Fragen keinen Pardon kenne.

In mehr als einstündiger Rede entwickelte sodann Prof. Hüttl die Entstehungsgeschichte der neuen Sammelbewegung, ihre Grundsätze und Ziele. Dass der BHE ernst genommen werde, beweise die nervöse Reaktion der verschiedenen Parteien und ihrer Führer. Die Warnung des Landtagspräsidenten Stang, die Reaktion der einheimischen Bevölkerung werde nicht ausbleiben, wies Hüttl als Drohung scharf zurück. Die neue Bewegung habe nichts mehr zu verlieren, aber alles zu gewinnen. Dieser Selbsterhaltungstrieb werde sich auch in den Wahlergebnissen bemerkbar machen.

Auch die Flüchtlingsvertreter in den Parteien hätten in den letzten Jahren der Aufspaltung und Neutralisierung der Heimatvertriebenen ihre eigenen Wähler vergessen. Diese Herren seien nicht Neubürger, sondern „Neu-Einheimische“ (Beifall). Die Radikalisierung der Heimatvertriebenen sei durch die Langsamkeit und Unzulänglichkeit der Hilfsmaßnahmen sowie

⁷ GPT 28.08.1950 m

durch die ungerechte Behandlung der vertriebenen Beamten und der Berufssoldaten erzeugt worden. „Wir hungern ja gern, wenn sich nur der Herr Bundeskanzler in der Schweiz gut erholt.“ Auf Grund des Versagens der Bundesregierung forderte der Redner unter dem Beifall der Versammelten vor allem den Rücktritt von Finanzminister Schäffer und sprach dann ausführlich über den Mangel an praktischem Christentum in den letzten Jahren („unsere christliche Enttäuschung“), den Mangel an nationaler Würde in der Frage der Entmilitarisierung und Entnazifizierung („unsere deutsche Enttäuschung“), und die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Ehre des deutschen Soldaten. Der deutsche Frontsoldat werde zur Verteidigung Europas keinen Finger rühren, so lange nicht seine Ehre wiederhergestellt sei. Die Flüchtlinge aber würden so lange nicht kämpfen, so lange sie nicht ihre vollen Rechte und ihre Wiedergutmachung erhielten.

Die beiden Fragen „Ist eine Rückkehr in die alte Heimat trotz Potsdam möglich?“ und „Kann diese Rückführung praktisch erreicht werden?“ bejahte der Redner. Abschließend streifte Prof. Hüttl die Ausführungen von Landrat Dr. Kessler und Bürgermeister Schütte auf der Kundgebung im Eisstadion und versicherte, dass alles, was im Kreis und Ort geschehe in Zukunft unter der Lupe dieser Worte beobachtet werden müsse. Wenn Bürgermeister Schütte betont habe, ohne oder gegen die Flüchtlinge könne kein neues Deutschland aufgebaut werden, so sei diesen Worten hinzuzufügen: „Ohne Lösung des Flüchtlingsproblems gibt es eines Tages weder ein Deutschland noch ein Europa.“

In der anschließenden Rede des BHE-Ortsvorsitzenden Heuser wurde vor allem eine Verbesserung der Leistungen des Kriegsbeschädigten-, „Leidens“-Gesetzes gefordert. Die materielle wie auch die menschliche Bilanz der neuen Wiederaufrüstungsatmosphäre sei erschütternd und die Re-Education so gründlich gewesen, dass jedem ehemaligen deutschen Soldaten die Lust vergangen sei, nochmals mitzutun. Nach Herausstellung der wichtigsten Punkte seiner bereits bei der Gründung des Ortsverbandes gehaltenen Rede (Hochland-Merkur vom 18. August) forderte Heuser die Mitarbeit aller Anwesenden und Interessenten für die Ziele der neuen Bewegung und „zu gegebener Zeit ihre Stimme“.

Die ergänzenden eindrucksvollen Ausführungen von Dr. Wüllner, München, betonten vor allem, dass der BHE keine Partei alter, sondern neuer Ordnung darstelle. Die Wählergruppe Deutsche Gemeinschaft — BHE werde vor allem auch nach den Wahlen zusammenstehen müssen. Die Annahme der eingangs genannten Resolution beschloss die Kundgebung. m.

10/1950 Breite Front für Landtagswahlen hinter BHE - **Kreiskonferenz aller Entrechteten-
gruppen / Wird der BHE-DG die stärkste Partei?**⁸

⁸ Hochland-Bote 26.10.1950

Garmisch-Partenkirchen. Am Mittwochabend hatte der „Deutsche Gemeinschaftsblock der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE — DG) sämtliche „Entrechteten“-Gruppen des Landkreises zu einer Aussprache über die kommende Wahl in das Hotel „Drei Mohren“ geladen. Anwesend waren Vertreter folgender Verbände und Gruppen: Arbeitsgemeinschaft der Heimatvertriebenen, sämtliche Landsmannschaften, Bund der versorgungsberechtigten ehemaligen Wehrmachtangehörigen, Verbaost,⁹ Bund der Flieger- und Kriegsgeschädigten, VdK.

Nach grundsätzlichen Ausführungen zum bevorstehenden Wahlkampf des Kreisverbandsvorsitzenden, Prof. Hüttl, und des Ortsverbandsvorsitzenden, Heuser, ergab die Aussprache, dass sämtliche Entrechtetengruppen den BHE-DG bei den kommenden Landtagswahlen unterstützen werden. Einige Landsmannschaften der Heimatvertriebenen und einige der anderen genannten Verbände werden in der nächsten Zeit Redner des BHE-DG in ihren Versammlungen zu Worte kommen lassen. Seitens der Landsmannschaften wurde ausdrücklich betont, dass die Unterstützung des BHE-DG während der Wahl selbstverständlich keine Festlegung der Mitglieder der Landsmannschaften auf das Programm des BHE-DG bedeutet und auch keine Mitgliedschaft zum BHE begründet. Prof. Hüttl unterrichtete die Anwesenden über die in München stattgefundenen Einigungsverhandlungen zwischen dem BHE und der DG, deren Zusammenschluss er als „Zweckehe“ bezeichnete, die vielleicht einmal zu einer „Liebesehe“ werden könnte. Da sich in Bayern sämtliche Heimatvertriebenen- und Entrechtetengruppen für die Zeit des Wahlkampfes hinter den BHE-DG gestellt hätten sei dieser als einzige Partei legitimiert, die Interessen der Heimatvertriebenen und Entrechteten zu vertreten.

Zu den Wahlaussichten sagte Prof. Hüttl: „Wir sind in Bayern allein 4% Millionen Entrechtete. Wenn alle diese Menschen die Vernunft aufbringen, den BHE-DG zu wählen, wird der bisher für utopisch gehaltene Fall eintreten, dass wir als stärkste Partei aus der Wahl hervorgehen.“ Angesichts dieser einmaligen Chance dürfe es bei allen Entrechteten gegenüber dem BHE-DG keine Neutralität mehr geben. Professor Hüttl teilte mit, dass auch weite Kreise der Einheimischen mit ihm Fühlung gesucht und ihm reiche Unterlagen und Anregungen zugeleitet hätten. Angesichts der völligen Mittellosigkeit der Entrechtetengruppen sei eine Spendensammlung für den Wahlkampf nicht zu umgehen. Auch in dieser Beziehung sei der BHE-DG völlig unabhängig. „Unsere Verzweiflung ersetzt das viele Geld der anderen Parteien.“

⁹ Der Bund der verdrängten Beamten im Deutschen Beamtenbund (Abkürzung VERBAOST) wurde 1948 gegründet als Verband der geflohenen und vertriebenen ("verdrängten") Beamten, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes und deren Hinterbliebenen. Er vertrat die Interessen der aus den deutschen Ostgebieten und aus der sowjetisch besetzten Zone bzw. der DDR vertriebenen und geflüchteten Behördenbediensteten inklusive Post und Bahn, auch 131er genannt, und löste sich 1978 auf.

10/1950 **Hüttl Stimmkreiskandidat des BHE-DG**¹⁰

Garmisch-Partenkirchen. Die Delegiertenversammlung des „Deutschen Gemeinschaftsblocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE-DG) für den Stimmkreis Garmisch-Partenkirchen/Bad Tölz wählte am Sonntagnachmittag in Kochel mit 21 Stimmen bei einer Stimmenthaltung Prof. Edelwald Hüttl, Garmisch-Partenkirchen, zum Stimmkreiskandidaten ihres Stimmkreises. An der Wahl beteiligten sich je 11 Delegierte der Landkreise Garmisch-Partenkirchen und Bad Tölz. Prof. Hüttl nahm die Wahl an und übernahm für den Fall seiner Wahl in den Landtag in einer schriftlichen Erklärung folgende von der Delegiertenversammlung beschlossene Verpflichtung: „Ich verpflichte mich hierdurch zu einer monatlichen Berichterstattung über meine Tätigkeit im Landtag und zur gleichzeitigen Entgegennahme der Anregungen und Wünsche des Gremiums meiner Wählerschaft mit dem Ziel, diese im Landtag zu vertreten. Ich verpflichte mich ferner, mich für die Aufrechterhaltung der bisher erzielten Einigung BHE-DG einzusetzen.“

Als Wahlkreisdelegierte, die auf der Wahlkreisdelegiertenkonferenz des BHE-DG in München am 4. November den hiesigen Stimmkreis vertreten werden, wurden Steffens und Topsch aus Bad Tölz und Dr. Scheel und Heuser aus Garmisch-Partenkirchen gewählt. Ersatzleute sind Kraft (Garmisch-Partenkirchen) und Deckhart (Bad Tölz).

Edelwald Hüttl wurde 1910 in Königswert (Sudetenland) geboren. Nach seinem Studium wurde Hüttl Universitätssportlehrer in Prag, später Lektor an der König-Carol-Universität in Cernauti (Bukowina/Rumänien) und schließlich Professor an der Hochschule für Leibesübungen in Bukarest. Er wirkte maßgebend im Sudetendeutschen Turnverband mit, leitete 1936 das Olympialager Europäischer Sportstudenten und war Beauftragter des „Balcianade-Komitees“ für die Leibeserziehung in allen Staaten des Balkans und des Orients. 1939-1945 war Hüttl Soldat. Seit der Entlassung aus der Gefangenschaft lebt er als Heimatvertriebener in Garmisch-Partenkirchen, wo er als Bauhilfsarbeiter, Waldarbeiter, Holzhacker und zeitweise völlig Arbeitsloser mit seiner Familie einen äußerst schweren Existenzkampf zu führen hat.

11/1950 **„Wir sind unten und wollen wieder nach oben“**¹¹ - Lebhafter Verlauf der BHE-DG-Versammlung im vollbesetzten Kurtheater

Garmisch-Partenkirchen. Am Donnerstag stellte sich der Stimmkreiskandidat des „Deutschen Gemeinschaftsblocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE/DG), Studienprofessor E. Hüttl, den Wählern des Olympiaortes. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen standen die programmatischen Worte „Menschenwürde, Ordnung und Sauberkeit“, die Hüttl als

¹⁰ Hochland-Bote 31.10.1950

¹¹ Hochland-Bote 25.11.1950 hd

die obersten Grundsätze der Bestrebungen des BHE bezeichnete. Der Verlauf der Versammlung, die der Ortsverbandsvorsitzende Heuser mit einem Referat „Leben wir in einem Rechtsstaat?“ einleitete, war außerordentlich lebhaft. Die Redner wurden oft von zustimmenden oder ablehnenden Zwischenrufen einzelner Versammlungsteilnehmer oder ganzer Gruppen unterbrochen. Der Beifall der Zuhörer, die in der Masse offensichtlich aus Anhängern des BHE bestanden, war stark.

„Wir sind unten und wollen wieder nach oben!“ mit diesen Worten kennzeichnete Heuser das Wollen der im BHE zusammengeschlossenen Entrechteten. Die Ursache aller Entrechtungen und zugleich das größte Unrecht das die Weltgeschichte kennt, seien die Verträge von Jalta und Potsdam. (Zwischenruf Kreisrat Lotto, KPD: „Das Unrecht begann mit Hitler!“). Durch die Austreibung wollte der Osten politischen Spreng- und Zündstoff nach Westeuropa verlagern: „Es ist allein unserer Anständigkeit zu verdanken, dass dieser Plan misslungen ist“. Heuser behandelte eingehend die augenblickliche Rechtsstellung der einzelnen Entrechteten, der Heimatvertriebenen, der Kriegsoffer der Heimkehrer, der ehemaligen Berufssoldaten, der politisch Entrechteten, der Bombengeschädigten und Evakuierten und verneinte entschieden die eingangs gestellte Frage: Leben wir in einem Rechtsstaat?

Prof. Hüttl bezeichnete in seiner Rede die Gründung des BHE als die Antwort der Ärmsten des deutschen Volkes auf das fünfjährige Versagen der „historischen Parteien“. Nicht allein durch Gesetze, sondern vor allem durch die Erzeugung des Gefühls einer Schicksalsverbundenheit aller Menschen könne eine Situation, wie sie seit 1945 bestehe, gemeistert werden. Diese Aufgabe sei von den Verantwortlichen nicht erkannt worden. So sei es dazu gekommen, dass eine Menschengruppe „zweiter Klasse“ in Deutschland geschaffen worden sei. Der BHE sei gewillt nunmehr das Schicksal dieser Ärmsten selbst in die Hand zu nehmen. Die Bezeichnungen „radikal“ und „revolutionär“ für den BHE seien insofern richtig, als der BHE die Absicht habe, die von ihm als richtig erkannten Wege nach neuen Methoden unbeugsam zu vertreten. In der Öffentlichkeit vertrete der BHE die Grundsätze der gegenseitigen Toleranz. „Unter Deutschen gibt es für uns keine Gegner, sondern nur Menschen verschiedener politischer Gesinnung“. Im Einzelnen befasste sich Hüttl mit den politischen Parteien und ihren Führern. Dr. Schumacher (SPD) bezeichnete er als „einen politischen Führer von Format, wie es nur wenige im heutigen Deutschland gibt“. Scharf kritisierte Hüttl sodann einzelne Parteiführer wie Dr. Högner und Dr. Hundhammer. Letzterer treibe eine Kulturpolitik „die vielleicht im 12. Jahrhundert angebracht war“. Dr. Seelos habe in Berchtesgaden erklärt, dass den Heimatvertriebenen keine vollen Staatsbürgerrechte zuerkannt werden dürften. (Erregte Zwischenrufe). Loritz sei nach einem Artikel der amerikanischen „News Week“ während des Krieges als Spion in Deutschland tätig gewesen (Pfei-Rufe). Die „Bayerische Königsparthei“ charakterisierte Hüttl als „Museumspartei“. Zu heftigen Zwischenrufen kam es bei

der Behandlung der Lastenausgleichsfrage. Hüttl forderte den Lastenausgleich aus der Substanz und lehnte den Entwurf des Bundesministers Schäffer („Flüchtlingsfeind Nr. 1“) kategorisch ab. Wenn man sage, dass die Belastung der Wirtschaft Grenzen habe, so müsse ein christlicher Staat in erster Linie zugestehen, dass auch die Belastung des Menschen Grenzen habe. Vor der Lösung der sozialen Probleme und vor der Wiederherstellung der vollen politischen Gleichberechtigung sei eine Remilitarisierung völlig indiskutabel. Das Jugendproblem sei in geradezu ungeheuerlichem Maße vernachlässigt worden. Die „restaurierten Ideologien von vor 1933“ lehne die Jugend aus gesundem Gefühl ab.

Mit scharfen Worten wandte sich Hüttl abschließend gegen den missglückten Versuch durch Irreführung der Presse und durch Überkleben der Plakate des BHE die Versammlung am Donnerstagabend zu sabotieren.

Bei der Aussprache, zu der sich je ein Vertreter der SPD und der CSU sowie ein Befürworter der Schwundgeldtheorie und eine Frau zum Worte meldeten, erhitzen sich die Gemüter stellenweise recht erheblich. Abschließend empfahl Heuser den Anwesenden, auf der Stimmkreisliste Prof Hüttl und auf der Wahlkreisliste Dr. Wüllner (Wolfratshausen) zu wählen.

02/1951 BHE nun doch im Kreisflüchtlingsausschuss - **Großzügiges Angebot des Anwaltvereins / Aktivierung der kulturellen Arbeit**¹²

Garmisch-Partenkirchen. Auf der Sitzung des Kreisflüchtlingsausschusses am Freitagnachmittag im Sitzungssaal des Landratsamtes wurde eine Reihe von wichtigen Entscheidungen gefällt bzw. bekanntgegeben. Mit 9 gegen 2 Stimmen wurde die Aufnahme eines Vertreters des BHE mit Sitz und Stimme im Kreisflüchtlingsausschuss beschlossen. Namens des Anwaltsvereins gab Rechtsanwalt Dr. Bromig die von den Anwesenden dankbar begrüßte Erklärung ab, dass die Rechtsanwälte, die Mitglieder des Anwaltsvereins sind, bereit seien, in dringenden Fällen eine Rechtsberatung von unbemittelten und in Not befindlichen Personen — ganz gleich, ob es sich um Einheimische oder um Heimatvertriebene handelt — durchzuführen. Einzelheiten über die Durchführung werden noch bekanntgegeben. Zu dem Antrag Zobel (CSU), der eine Stellungnahme zum Artikel der „Neuen Zeitung“ über den „Fall Mechler“ zur Erwägung gestellt hatte, wurde von mehreren Seiten die Meinung geäußert, dass der Artikel im Wesentlichen als sachlich und objektiv anerkannt werden müsse. Eine weitere Stellungnahme erfolgte nicht.

Unter dem Vorsitz vom stellv. Landrat Maurer wurde zunächst über die Aufnahme des BHE in den Kreisflüchtlingsausschuss diskutiert, die von der Arbeitsgemeinschaft der Lands-

¹² GPT 19.02.1951 shd

mannschaften in einer Resolution gefordert worden war. Hierzu gab der Schriftführer der Arbeitsgemeinschaft, Müller, die Erklärung ab, dass die genannte Resolution selbst keine Misstrauensalternative gegenüber dem Kreisflüchtlingsausschuss enthalten habe. Die Vertreter der Heimatvertriebenen im Kreisflüchtlingsausschuss aus allen politischen Parteien hätten in einer gemeinsamen Besprechung ihre Haltung gegenüber dem BHE einer genauen Prüfung unterzogen und seien zum Ergebnis gekommen, dass die Mitarbeit im Kreisflüchtlingsausschuss „unbedingt erwünscht“ sei. „Zwischen uns und dem BHE“ erklärte Müller, stehen keine sachlichen Differenzen. Eine inhaltlich gleiche Erklärung gab Lucke (SPD) ab. Rechtsanwalt Fischer legte eingehend dar, dass es für den Kreisflüchtlingsausschuss ein Gebot der politischen Klugheit sei, den BHE vollverantwortlich in seine Arbeit einzuschalten. Der auf der letzten Sitzung zur Sprache gekommene Aufnahmeantrag sei nicht — wie irrtümlich während der Sitzung bekanntgegeben wurde — von ihm gestellt worden.

Bedenken gegen die Aufnahme des BHE wurden von Fritsch (SPD) geltend gemacht, der darauf hinwies, dass der BHE bereits durch Dr. Scheel vertreten sei. Zobel (CSU) stimmte der Aufnahme im Prinzip zu, verlangte jedoch Klarstellung gewisser im Wahlkampf entstandener Differenzen. Nachdem diese Klarstellung von Dr. Scheel zugesichert wurde, ergab die Abstimmung das obengenannte Stimmenverhältnis. Gegen die Aufnahme stimmten ein Vertreter der SPD und der Vertreter der Bayernpartei.

In der Debatte über die Vollstreckung von Räumungsurteilen erklärte Wohnungsamtsleiter Hammer, dass der Wohnbehörde in allen Fällen, in denen der Vollstreckungsbeamte gerichtlich nicht gewährt wird, die Hände gebunden seien. Rechtsanwalt Fischer wurde vom Kreisflüchtlingsausschuss beauftragt, ein Schreiben an das Bayer. Justizministerium zu entwerfen, in dem darauf aufmerksam gemacht wird, dass die einschlägigen Vorschriften der Mieterschutzverordnung von den Gerichten in steigendem Maße nicht mehr angewandt würden. — Über die kulturelle Betreuung berichtete der geschäftsführende Kreisflüchtlingsamtsleiter Müller, der eine Aktivierung der Musikarbeit durch Gründung einer Musikkapelle ankündigte. Von Oberregierungsrat Stich wurde als ehrenamtlicher Sachbearbeiter für die kulturelle Betreuung der Heimatvertriebenen beim Landratsamt Lehrer Bittmann vorgestellt, der gemeinsam mit Müller die Leitung der kulturellen Betreuung in die Hand nehmen würde.

Auf Antrag von Dr. Piper, dem Leiter des Soforthilfeamtes, bestimmte der Kreisflüchtlingsausschuss zwei Vertreter der Heimatvertriebenen für den Ausschuss, der für die Finanzierungshilfe im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues eingesetzt wurde. Gewählt wurden Architekt Grosse und Schmidt (FDP). Die beiden Gewählten müssen vom Kreistag bestätigt werden. — Der Kreisflüchtlingsausschuss lehnte aus grundsätzlichen Erwägungen die ständige Hinzuziehung eines Vertreters der Gemeinschaft heimatvertriebener Erzieher zu den Sitzungen des Kreisflüchtlingsausschusses ab. Es bestehe die Gefahr, dass auch alle ande-

ren Berufe eine derartige Einschaltung wünschten. Dadurch würde der Kreisflüchtlingsausschuss arbeitsunfähig werden.

03/1951 **„Noch keine endgültige Entscheidung über die Ari-Kaserne“¹³** - Lebhaftige BHE-Versammlung mit Angriffen auf Kreisflüchtlingsamtsleiter Lukke

Garmisch-Partenkirchen. Im Wirtschaftsraum der Artilleriekaserne fand vorgestern Abend eine BHE-Versammlung statt. Ein Raum, so groß wie ein Klassenzimmer, in dem zusammengedrängt etwa 250 Flüchtlinge standen. Unter ihnen junge Mädchen, Greise, Familienväter, denen man die Sorgen der Arbeitslosigkeit ansieht, oder Mütter mit einem Zug von Not im Gesicht. — Ein bunter Querschnitt. Für die Ältesten von ihnen waren ein paar Stühle da. Heimatvertriebene aus dem Sudelenland, aus Schlesien oder Ostpreußen dicht nebeneinander. Die Atmosphäre war eine Mischung aus „Kampfzeitstimmung“, aus Armutsbewusstsein und aus dem Suchen nach Hilfe. Die Ankündigung dieser BHE-Versammlung verbreitete sich von Mund zu Mund. Behördenvertreter waren daher nicht anwesend.

Als erster redete Hans Heuser, eröffnete und begrüßte die Versammlung und erteilte Günther Dorn das Wort, einem Mann, der geschäftliches Anpassungsvermögen und Initiative bewiesen hatte. „Endgültig ist noch nichts entschieden“, erklärte er zu dem Thema einer möglichen Räumung der Artilleriekaserne. Er glaube, dass die letzte Entscheidung in Paris oder Bonn fällt, und verwies auf die Pläne, eine deutsche Wehrmacht aufzustellen, für die ebenfalls Kasernenräume gebraucht würden. (Zwischenruf: „Brauchen wir nicht!“) In der Angelegenheit der Artilleriekaserne solle jedoch im Fall einer Räumung eine 90-Tage-Frist gewahrt bleiben, berichtete er, warnte jedoch zugleich sowohl vor Leichtfertigkeit gegenüber der Gefahr wie auch vor einer Angstpsychose. Die Regierung schein sich damit zu befassen, von vorneherein neue Unterbringungsmöglichkeiten für die Flüchtlinge zu bauen.

Zur Politik in Garmisch-Partenkirchen bemerkte er, dass es ihr Zweck sei, möglichst wenig Flüchtlinge hier aufzunehmen, die Aufgenommenen wieder fortzubringen und dadurch alle verfügbaren Räumlichkeiten für den Fremdenverkehr freizumachen. Dadurch ergebe sich die groteske Situation: Hie Notstände – dort leerstehende Fremdenzimmer. Auch sonst würden die Heimatvertriebenen in keiner Weise unterstützt, das zeige die Zahl der seit der Weihnachtsmesse übriggebliebenen Flüchtlingsbetriebe...

Dorn berichtete weiter über die vor Weihnachten stattgefundenen Besprechungen über eine mögliche Umsiedlung der Flüchtlinge, bei denen er unter Hintanstellung eigener Interessen den Standpunkt der Artilleriekasernenbewohner klargelegt habe: Eine Umsiedlung sei nur

¹³ GPT 31.03.1951 -las

dann möglich, wenn Arbeit und Wohnungen garantiert werden. Nach einer Versammlung erklärte er, dass von der Regierung soeben ein neues Projekt befürwortet worden sei, wonach in Burgrain 250 Wohnungen und in der „Unteroffizierssiedlung“ 70 Wohnungen gebaut werden sollen. Dieses Zugeständnis sei ein Erfolg der Arbeitsausschüsse, die sich für die Ari-Kasernenbewohner einsetzten.

„Liebe Schicksalsfreunde“, begann Stud.-Prof. Edelwald Hüttl, „bei meinen bisherigen Vorträgen habe ich Eindrücke empfangen, die mir tatsächlich Veranlassung geben, Brandredner zu werden. Wer uns Vertriebene noch einmal vertreiben will, spielt mit dem Feuer und wird zum Totengräber der deutschen Demokratie!“ Der BHE habe in unserem Kreis bei den Landtagswahlen 19 Prozent der Stimmen erhalten und werde gegebenenfalls wie ein Mann aufstehen“ ...

Im weiteren Verlauf über die verschiedenen Punkte des BHE-Arbeitsprogrammes, das u. a. noch in diesem Jahr die Auflösung von 80 unter 246 Flüchtlingslagern in der Bundesrepublik plant, über das Projekt eines innerbayerischen Flüchtlings-, das heißt Arbeitskräfteausgleiches, das einen „quotalen Lastenausgleich“ (SPD schlägt „sozialen“ Lastenausgleich vor) und eine vernünftige, gerechte Verteilung der Kriegslasten vorsieht, In diesem Zusammenhang wandte er sich gegen Verzögerungstaktiken und griff diejenigen Geistlichen an, die als (wörtlich) „politisierende Katholiken mit ihrer Heuchelei dem Christentum einen schlechten Dienst“ erwiesen. Prof. Hüttl wandte sich weiter gegen Angriffe und die Forderungen diktatorischer Maßnahmen. (Zwischenruf: „Herr der zweite Hitler?“)

Hüttl kommentierte darauf stichwortartig das politische Programm des BHE und erklärte im Hinblick auf die Außenpolitik: „Wir lassen uns weder vom Osten noch vom Westen missbrauchen. Bei uns gibt es keine Grenze zwischen Ost und West, sondern nur eine zwischen Recht und Unrecht.“

Als „Steigbügelhalter für die Freimachung von Beherbergungsbetrieben“ bezeichnete er den kommissarisch eingesetzten Kreisflüchtlingsamtsleiter Lukke, von dem er behauptete, dass er (Lukke) bei der Vertretung der Belange, für die er bezahlt werde, versagt habe. Darauf verlas er einen Telegrammtext, bzw. Briefe an Ministerpräsident Dr. Hans Ehard, Staatssekretär Prof. Theodor Oberländer (BHE) und Landrat Franz Renk, in denen, wie schon bei anderen Versammlungen im Kreisgebiet, die Absetzung des Kreisflüchtlingsamtsleiters gefordert wird. Zu diesen Briefen wurden Unterschriftlisten ausgelegt, die zum Teil während der Versammlung, zum anderen Teil bei Hausbesuchen unterzeichnet werden sollten.

05/1952 **Hüttl: „Nicht randalieren, sondern mitarbeiten“¹⁴** - BHE und Notgemeinschaften für unpolitische Kandidaten

Garmisch-Partenkirchen. Eingangs der Wahlversammlung des „BHE und der Sozialen Notgemeinschaften“ am Donnerstag im gut besuchten Kurtheater kritisierte der Ortsvorsitzende des BHE, Haertel, das Verhalten von Dr. Petschner bei den Verhandlungen, die Vertriebenen- und Entrechteten-Organisationen zu einem Wahlvorschlag zusammenzubringen. Professor Hüttl als Wahlsprecher des BHE verschärfte diese Vorwürfe gegen Rechtsanwalt Perkuhn. Der Sprecher für die Kriegs- und Fliegergeschädigten, Büttner, wandte sich zu dem „Kampf um Recht und Gleichberechtigung“ unter dem Motto „Arbeit und Brot statt Kasernen“ gegen die „untragbare Drosselung des Wohnungsbaus“ und trat für eine geschlossene Front aller „Geschädigten“ ein.

Prof. Hüttl, von starkem Beifall begrüßt, stellte seine Wahlrede unter die Gesichtspunkte „Einigigkeit und Recht.“ Er betrachte die Gemeinde- und Kreiswahlen als eine völlig unpolitische Angelegenheit; es gehe nur darum, die „besten und saubersten“ Leute in die Gremien zu bringen. „Wir streben keine Machtstellung an“, stellte Hüttl fest Wir maßen uns auch nicht an, von örtlichen Dingen so viel zu verstehen, dass wir etwa einen Bürgermeister stellen wollten (obwohl wir in einer Gemeinde einen bekommen werden), wir wollen weder in die Weiden noch in die Forstrechte und ähnliche Dinge hineinquetschen, aber in den schicksalsentscheidenden Dingen, die uns alle gleichermaßen angehen, wollen wir mitreden...

Die „beschämende Tatsache“ von Flüchtlingslagern mit immer noch „3-4 Familien in einem Raum“ streifend („solange haben wir keine Berechtigung, stolz auf unsere abendländische Kultur zu sein“) und die innerdeutsche Umsiedlung als gescheitert und verfehlt kritisierend, ging Hüttl zu dem Jugendproblem über. Angesichts der Lehrstellennot und der Bemühungen um die Jugend in der Ostzone sei es beschämend, dass es die Gemeinde bis heute noch nicht fertigbrachte, einen Platz für ein Jugendheim zu schaffen. „Wir wollen nicht randalieren, sondern wir haben den ehrlichen Willen, mitzuarbeiten für Sauberkeit und Recht — und dann werden auch Begriffe wie Alt- und Neubürger von selbst verschwinden“, schloss Hüttl unter Beifall, und Ortsvorsitzender Haertel empfahl abschließend als Bürgermeisterkandidat Josef Zwerger.

03/1953 **Professor Hüttl gibt dem Gemeinderat eine Erklärung¹⁵** - Bisheriger Schweigegrund: „Psychologische Kriegführung gegen den Bolschewismus“

Garmisch-Partenkirchen. Der Gemeinderat befasste sich am Freitag im großen Saal des Rathauses mit Nachtragshaushaltsplan- und Kassenfragen sowie mit einigen Anträgen, die

¹⁴ GPT 26.05.1952

¹⁵ GPT März 1953

in den Bereich des Bauwesens fallen. Ferner wurde zweiter Bürgermeister Maderspacher als Vertreter der Gemeinde bei der Aufsichtsratssitzung der Wankbahn AG bestimmt. Vor Beginn der nichtöffentlichen Sitzung meldete sich Gemeinderat Prof. Hüttl (BHE) zu einer Erklärung über die Gründe, aus denen er bisher um Beurlaubung von den Sitzungen des Gemeinderates gebeten hatte, zu Wort.

„Während meiner Abwesenheit ist in einer der Gemeinderatssitzungen in Bezug auf die bei mir sichergestellten Verwaltungsgelder eine Erklärung von Gemeinderat Maurer abgegeben worden, die ich selbstverständlich nicht hinnehmen kann“, begann Prof. Hüttl, der seit Monaten erstmalig wieder an einer Sitzung des Gemeinderates teilnahm. „Ich frage daher Gemeinderat Maurer, ob er sich entschuldigen will, da ich andernfalls gegen ihn strafrechtlich vorgehen müsste.“ Diese Anfrage löste einige Verblüffung aus. In Einzelheiten eingehend, erklärte Hüttl, dass es sich um eine spöttische Äußerung gehandelt habe, wonach er (Hüttl) etwas von dem bei ihm sichergestellten Geld leicht für den Bau des Jugendheimes hätte abzweigen können, zumal er sich stets nachdrücklich für diesen Bau eingesetzt habe. Von verschiedenen Seiten wurde darauf eingeräumt, dass man sich auf Informationen aus der Zeitung gestützt habe und im Rahmen der damaligen Diskussion diese Äußerung in keiner beleidigenden Absicht gefallen sei. Auf eine Frage von Gemeinderat Hilleprandt hin dementierte Prof. Hüttl, dass es sich bei den sichergestellten 30 000 Mark um Jugendgelder handelt. Nach einer ergebnislosen Diskussion über die verschiedensten Versionen, aus welchem Fonds die Gelder stammten, erklärte Gemeinderat Kilian: „Für uns Gemeinderäte war es nicht immer sehr angenehm oder einfach, auf die berechtigten Fragen der Bürgerschaft während Ihrer Abwesenheit Antwort zu geben. Es wäre kein Fehler gewesen, wenn Sie, Herr Prof. Hüttl, Ihre Gemeinderatskollegen über die Vorgänge informiert hätten.“

Darauf äußerte sich Gemeinderat Hüttl wie folgt: „Als ich vor etlichen Wochen um meine Beurlaubung als Gemeinderat ansuchte, tat ich das nicht, weil ich vielleicht ein Schuldgefühl oder ein schlechtes Gewissen hatte. Ich musste es allein aus dem einen Grund tun, weil ich den berechtigten oder verständlichen Fragen ausweichen wollte, die auf Grund meiner Schweigepflicht und auf Grund der Wahrung gewisser Interessen in der „Psychologischen Kriegführung gegen den Bolschewismus“ nicht beantwortet werden durften. Deswegen zog ich mich aus dem Gemeinderat zurück. Zu dem damaligen Zeitpunkt war ich noch nicht ermächtigt, auf alle Fragen Auskunft zu geben. Das bin ich nun, Gott sei Dank. Und ich stehe für jede Frage zur Verfügung. Bezüglich des Partisanenkomplexes möchte ich nur feststellen, dass es zumindest erstaunlich war und ist, dass diese sogenannte Partisanenaffäre - der Name ist übrigens völlig falsch, ich persönlich lehne jede Partisanentätigkeit, wie wir sie im Krieg kennen lernten, als unverantwortlich ab - in dieser Form aufgezogen wurde... Ich wäre dankbar, wenn mir die Gelegenheit geboten würde, vor einem öffentlichen Forum über all diese Fragen zu sprechen. Ich würde in diesem Zusammenhang dann Dinge aufzeigen, die

sich in Bayern und in Garmisch-Partenkirchen abspielen, wobei manchen von Ihnen ernste Bedenken über die Sicherheit in Bayern und im gesamten westdeutschen Raum kämen."

Bezüglich der bei ihm sichergestellten Gelder erklärte Hüttl, dass es sich nicht um Privatgelder handelte, die er erschoben, unterschlagen oder gestohlen hätte, sondern um Verwaltungsgelder, die ihm zu treuen Händen übereignet waren und über die er abrechnen musste. Er stelle fest, dass bereits am 8. Dezember 1952 vor der Oberfinanzdirektion München und vor der Steuerfahndungsstelle München der Nachweis erbracht wurde, dass diese Erklärung stimme.

„Man hat in meiner Abwesenheit", sagte Hüttl, „obwohl das Datum meiner Rückkehr bekannt war, unter Herbeiholung aller Wildwest-Paragraphen einen Grund gefunden, meine Wohnung aufzubrechen und zu durchsuchen, entgegen allen demokratischen Grundrechten eines Staatsbürgers. Man hat weiter, um das überhaupt formal-juristisch durchführen zu können, einen Grund konstruiert, der auf Verdacht auf Verabredung zum Mord lautete. Die Ungeheuerlichkeit, einen derartigen Verdacht überhaupt zu konstruieren, um eine Wohnung aufbrechen zu können, das hat es im Dritten Reich nicht einmal gegeben." Als auf diese Äußerung hin stürmischer Protest von Seiten der SPD aufkam, fügte Hüttl hinzu, dass man in einem demokratischen Rechtsstaat zumindest nicht auf diese Methoden zurückfallen dürfe. „Wenn man gegen jemanden einen derartig schwerwiegenden Verdacht äußert, dann müsste der Betreffende nach gesundem Menschenverstand verhaftet werden."

Erneute Anfragen bezüglich des überraschenden Vorwärtskommens von Prof. Hüttl beantwortete dieser mit der Feststellung, dass er seit zwei Jahren eine Stellung in München inne habe, und dass er sich nebenher in der psychologischen Kriegführung gegen den Bolschewismus betätigt habe. Wohnungseinrichtung, Auto usw. habe er aus finanziellen Mitteln angeschafft, die ihm von seinem Schwager, der ausgewandert sei, zur Verfügung gestellt wurden. Die bei ihm beschlagnahmten Gelder dagegen seien für eine Ausstellung bestimmt gewesen. Die Diskussion geriet teilweise in ein durchaus persönliches Fahrwasser, als Gemeinderat Glatz gegen Prof. Hüttl gewisse Vorwürfe erhob, die im Zusammenhang mit dem Bezug von Hüttls Wohnung standen...

08/1953 „**BHE als dritte Kraft und soziale Erneuerungsbewegung**“¹⁶ - Dr. Wüllner sprach vor Heimatvertriebenen in der Breitenau

Garmisch-Partenkirchen. Der Wahlkreiskandidat des Gesamtdeutschen Blockes BHE, MdL Dr. Wüllner, sprach am Samstagabend in der Artilleriekaserne bei einer nur mäßig besuchten Wahlversammlung über die politische Ausrichtung des BHE im Hinblick auf die kommende

¹⁶ GPT 03.08.1953

Bundestagswahl. In betont sachlicher Form kritisierte Dr. Wüllner u. a., dass der Bundestag bei aller Arbeitsleistung doch versäumt habe, die innerdeutsche Umsiedlung und wirtschaftliche Eingliederung der 10 Millionen Vertriebenen durchzusetzen. Ein großer Teil der Bevölkerung habe heute keinen Anteil an der wirtschaftlichen Besserung. Der Gesamtdeutsche Block BHE werde, was auch von seinen politischen Gegnern zugestanden werde, die „dritte Kraft“ unter den Parteien sein können als „soziale Erneuerungsbewegung, die Deutschland dringend nötig hat“.

Dr. Wüllner hatte eingangs zum „Tag der Heimat“ auf die historischen Leistungen der Bewohner der Ostgebiete erinnernd hingewiesen. Der Gedanke an die „Heimat“, der auch die Vertriebenen haben durchhalten lassen, müsse heute als stärkste antibolschewistische Kraft gelten, da das gesamte Volk als „Grenzland“-Volk die Aufgabe der Abdeckung gegen den Osten habe. - In einem Rückblick gegen die politische Entwicklung des BHE ging Dr. Wüllner von den „bitteren Erfahrungen“ aus, unter denen sich die Vertriebenen ihre Stellung in der Bundesrepublik von der „dreckigsten Arbeit“ herauf hätten erkämpfen müssen, nachdem auch die Währungsreform nicht den erwarteten gleichen Start für alle gebracht habe. Es sei unverständlich, wenn über „Demokratie und Recht“ gerade ein Dr. Dehler spreche, der nach der Währungsreform geäußert habe, diejenigen, die gehortet hätten, hätten volkswirtschaftlich richtig gehandelt. Wüllner kritisierte auch verschiedene andere Äußerungen Dehlers. Erst allmählich seien die Vertriebenen in die politische Aktivität getrieben worden, als sie immer länger und vergeblich hätten warten müssen, dass das politische Unrecht der Austreibung wieder gut gemacht würde. Zu Einzelfragen stellte Dr. Wüllner u. a. fest, dass der „vernünftige Gedanke“ des Lastenausgleichs durch die 30jährige Laufzeit, „zu Tode geritten wird.“ In der politischen Linie sei es an der Zeit, dass — wenn Österreich jetzt eine „österreichische Politik“ ankündige — sich die Bundesrepublik auf „deutsche Politik“ besinne und den West-Alliierten klarmache, dass sich die Bundesrepublik wie kein anderes Land gegen den Osteinfluss gewehrt habe. In der Diskussion um das Bundes Versorgungsgesetz sei erschütternd festzustellen, dass auch ein Strauß und Seeböhm („sie spielen nach außen den Biedermann“) eine Erhöhung der Kriegsbeschädigten-Grundrenten abgelehnt hätten. — Der soziale Wohnungsbau („manchmal schon eher asozial“) müsse weit mehr forciert werden, es gebe auch weit wichtigeres als die Konfessionsschule Hundhammerscher Prägung. — Die Einteilung der Länder müsse wieder auf die natürlichen Grundlagen zurückgeführt werden („Einsparung von 3—4 Milliarden“). — Die Oder-Neiße-Linie werde nie gutgeheißen, aber statt Hass Vernunft von beiden Seiten gefordert. Um zwei Gruppen werde sich der BHE besonders bemühen, schloss Dr. Wüllner, um die diffamierten Soldaten, deren Ehre gesichert werden müsse, und um die Jugend, die nur durch einen echten Sozialstaat gewonnen werden könne.

10/1956 **Neuer Kreisvorsitzender beim GB/BHE¹⁷**

Farchant. Auf der außerordentlichen Kreisdelegiertenkonferenz des GB/BHE im Café Tichatschke wurde das Referat des Bezirksorganisationsleiters Dipl. Ing. Schuchart, München, über aktuelle Tages- und Parteifragen mit großem Beifall von den Delegierten aufgenommen. Durch die berufliche Abwesenheit des bisherigen Kreisvorsitzenden wurde eine Neuwahl als notwendig angesehen. Der neue Kreisvorstand des GB/BHE setzt sich wie folgt zusammen: 1. Kreisvorsitzender Buresch, Mittenwald, 2. Pechanz, Saulgrub, Kreisorganisationsleiter Faulhaber, Grainau, Kreisschriftwart Koselka, Oberammergau, Kreiskassier Even, Oberammergau. Mit organisatorischen Hinweisen auf die kommende Bundestagswahl schloss die Tagung.

05/1959 Neuer Kreisvorstand beim GB/BHE - **Gutbesuchte Delegiertentagung / Die Gefahr aus dem Osten¹⁸**

Der Kreisverband des GB/BHE hatte sich bei einer Delegiertenversammlung, die von neuen Ortsverbänden beschiedt war, mit der Neuwahl des Kreisvorstandes zu befassen, da sich der bisherige Kreisvorsitzende, Kreisrat Buresch, gezwungen sah, auf Grund seines Gesundheitszustandes und wegen Arbeitsüberlastung das Amt des Kreisvorsitzenden zur Verfügung zu stellen. Die Delegierten dankten Kreisrat Buresch für seine vorbildliche Arbeit und wählten Josef Kempe (Garmisch-Partenkirchen) zum neuen Kreisvorsitzenden. Zu gleichberechtigten Stellvertretern wurden gewählt: Kreisrat Karl Riedl (Oberammergau), Kreisrat Buresch (Mittenwald) und Gemeinderat Schmiedl (Ga.-Pa.). Der bewährte Kreiskassierer Albert Even (Oberammergau) wurde einstimmig wiedergewählt. Im kommenden Geschäftsjahr fungiert Amtmann a. D. Franz Neumann (Oberammergau) wiederum als Kreisschriftwart, während die Organisation des Kreisverbandes in Händen von Chr. Faulhaber (Farchant) liegt. Als Frauenreferentin wurde Frau Möckl (Ga.-Pa.) benannt.- Franz Winkler (Ohlstadt) wird die Verbindung zum Bund Junger Deutscher, der Nachwuchsorganisation der Partei, aufrechterhalten. Als Kassenprüfer wurden Kreisrat Huder (Ga.-Pa.) und Franz Kühner (Farchant) bestimmt. In dem anschließenden Referat ging Landtagsabgeordneter Herbert Prochazka auf die augenblickliche Innen- und Außenpolitik ein. Mit dem Aufruf zur ständigen Wachsamkeit gegen die Gefahren des Ostens schloss der Abgeordnete seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen.

¹⁷ GPT 16.10.1956

¹⁸ GPT 08.05.1959 bl

06/1961 **Abschluss und neuer Beginn**¹⁹ - Kreisverband der Gesamtdeutschen Partei (DP/BHE) wird gegründet

Garmisch-Partenkirchen — Zum letzten Male trafen sich, die Delegierten der Ortsverbände des Gesamtdeutschen Blocks/BHE unter dem alten Parteianamen zu einer Arbeitsbesprechung. Kreisvorsitzender Emil Schmidl berichtete über die wenige Tage vorher stattgefundenen Verschmelzung der Landesverbände der Deutschen Partei und des Gesamtdeutschen Blocks/BHE und den Gründungsparteitag der Gesamtdeutschen Partei (Landesverband Bayern) in Regensburg.

Nach reger Aussprache wurde die Gründungsversammlung des Kreisverbandes Garmisch-Partenkirchen der Gesamtdeutschen Partei (DP-BHE) für heute, Samstag, 27. Mai, nach Oberammergau (Gasthof „Stern“) einberufen. Da im Landkreis die bisherige Deutsche Partei nicht organisiert sei, werde voraussichtlich die neue Partei im Wesentlichen von der Organisation des GB/BHE getragen werden; weil aber bei allen Wahlen immer auch für die ehemalige DP Stimmen abgegeben worden waren, sei bestimmt damit zu rechnen, dass eine Reihe neuer Mitglieder in Zukunft Aussehen und Arbeit der neuen Gesamtdeutschen Partei bestimmen werden.

¹⁹ GPT 27.05.1961 ri